

Europäische Hochschulschriften



Rechtswissenschaft

Sascha Stiegler

# Der grenzüberschreitende Rechtsformwechsel in der Europäischen Union

Der grenzüberschreitende  
Rechtsformwechsel in der  
Europäischen Union

## **Europäische Hochschulschriften**

European University Studies

Publications Universitaires Européennes

Reihe II            **Rechtswissenschaft**

Series II            Law

Série II            Droit

Band/Volume **5537**

Sascha Stiegler

# **Der grenzüberschreitende Rechtsformwechsel in der Europäischen Union**

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 0531-7312

ISBN 978-3-631-64248-1 (Print)

E-ISBN 978-3-653-03810-1 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-03810-1

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2013

Alle Rechte vorbehalten.

PL Academic Research ist ein Imprint der Peter Lang GmbH.

Peter Lang – Frankfurt am Main · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Warszawa · Wien

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Dieses Buch wurde vor Erscheinen peer reviewed.

[www.peterlang.com](http://www.peterlang.com)

## Vorwort

Seit mehreren Jahren ist innerhalb der Europäischen Union ein sog. Wettbewerb der Gesellschaftsrechte zu beobachten. Unternehmen haben vermehrt das Bedürfnis, die für sie optimale mitgliedstaatliche Rechtsform zu wählen. Hierbei erlangt die Zulässigkeit und Durchführung eines grenzüberschreitenden Rechtsformwechsels Bedeutung. Dieser ist seit der Vale-Entscheidung des EuGH aus dem Jahr 2012 wieder vermehrt in den Blickpunkt des Europäischen Gesellschaftsrechts gerückt. Der grenzüberschreitenden Rechtsformwechsel stellt dabei einen wesentlichen Baustein bei der Ausgestaltung der Niederlassungsfreiheit für Gesellschaften dar. Das wachsende Bedürfnis nach grenzüberschreitenden Umstrukturierungen mittels eines grenzüberschreitenden Rechtsformwechsels innerhalb der Europäischen Union zeigt die Relevanz und Aktualität des Themas.

In der vorliegenden Arbeit beschäftigt sich Herr Stiegler ausführlich mit der Zulässigkeit eines grenzüberschreitenden Rechtsformwechsels innerhalb Europas anhand der EuGH-Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit. Hierbei wird aufgezeigt, unter welchen Voraussetzungen der Formwechsel aus einem Mitgliedstaat in einen anderen gestattet und von der Niederlassungsfreiheit erfasst ist. Darauf aufbauend beschreibt Herr Stiegler wie das deutsche Gesellschaftsrecht bereits de lege lata europarechtskonform ausgestaltet werden muss und kann um den primärrechtlichen Vorgaben bezüglich eines grenzüberschreitenden Rechtsformwechsels gerecht zu werden. Der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit liegt auf der Bestimmung des auf einen grenzüberschreitenden Rechtsformwechsel anwendbaren materiellen Rechts. Hierbei werden unter Zuhilfenahme anspruchsvoller methodischer Überlegungen die Vorschriften bestimmt, die auf einen grenzüberschreitenden Rechtsformwechsel Anwendung finden sollen.

Prof. Dr. Peter Krebs

Danken möchte ich zuerst Herrn Prof. Dr. Peter Krebs für die umfassende Betreuung und die wertvollen inhaltlichen Anregungen sowie Verbesserungsvorschläge. Auch meinen Kollegen am Lehrstuhl von Prof. Dr. Krebs in Siegen danke ich für deren Unterstützung.

Mein besonderer Dank gilt meiner Familie und meinen Freunden. Insbesondere meinen Eltern und Großeltern, die mich in jeder Lage meines Studiums umfassend unterstützt haben, danke ich von ganzem Herzen.

Freudenberg, August 2013

Sascha Stiegler

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XI
Literaturverzeichnis .....	XVII
Rechtsprechungsverzeichnis .....	XLVII
Teil 1 Einleitung .....	1
Teil 2 Grundlagen des grenzüberschreitenden Rechtsformwechsels .....	4
A. Begriff des grenzüberschreitenden Rechtsformwechsels .....	4
I.    Rechtsformwechsel .....	4
II.   Grenzüberschreitung .....	5
III.  Identitätswahrende statusändernde Satzungssitzverlegung .....	6
B. Motive und Alternativen .....	8
I.    Motive für einen grenzüberschreitenden Rechtsformwechsel .....	8
II.   Alternativen zum grenzüberschreitenden Rechtsformwechsel .....	10
Teil 3 Zulässigkeit eines grenzüberschreitenden Rechtsformwechsels .....	11
A. Einführung .....	11
B. Herausformwechsel (Wegzug) .....	14
I.    Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit .....	14
1. Verlegung des Satzungssitzes ins Ausland .....	14
2. Isolierte Satzungssitzverlegung .....	17
II.   Beschränkung der Niederlassungsfreiheit .....	20
III.  Rechtfertigung einer Beschränkung .....	23

C. Hereinformwechsel (Zuzug) .....	24
I. Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit .....	24
1. Rechtsformwechsel als Teil der Niederlassungsfreiheit .....	24
2. Isolierte Satzungssitzverlegung .....	26
II. Beschränkung der Niederlassungsfreiheit .....	30
III. Rechtfertigung einer Beschränkung .....	32
D. Auswirkungen auf das deutsche Gesellschaftsrecht .....	33
I. § 1 Abs. 1 UmwG .....	33
II. §§ 190 f. UmwG .....	36
III. § 4a GmbHG und § 5 AktG .....	39
Teil 4 Bestimmung des anzuwendenden Rechts .....	44
A. Problemstellung .....	44
B. Bestimmung der anwendbaren Rechtsordnung .....	45
I. Vorgaben des EuGH .....	45
II. Kombinationslehre .....	47
III. Zeitlicher Anknüpfungspunkt .....	48
C. Bestimmung des materiellen (Verfahrens-)Rechts .....	50
I. Anwendung des Art. 8 SE-VO .....	50
1. Regelungsgehalt und Bedeutung .....	50
2. Analoge Anwendung des Art. 8 SE-VO .....	51
a) Einführung .....	51
b) Analogievoraussetzungen .....	52
aa) Gesetzgebungskompetenz .....	52
bb) Anstreben von Widerspruchsfreiheit ...	54
cc) Planwidrige Regelungslücke .....	55
II. Anwendung der §§ 122a ff. UmwG .....	58
1. Regelungsgehalt und Bedeutung .....	58
2. Europarechtskonforme Auslegung .....	59

3.	Analoge Anwendung der §§ 122a ff. UmwG .....	61
a)	Analogiefähigkeit .....	61
b)	Planwidrige Regelungslücke .....	63
c)	Vergleichbare Interessenlage .....	66
III.	Anwendung der §§ 192 ff. UmwG .....	68
1.	Europarechtskonforme Auslegung .....	68
2.	Analoge Anwendung der §§ 192 ff. UmwG .....	69
IV.	Verhältnis zwischen den §§ 122a ff. UmwG und den §§ 192 ff. UmwG .....	71
1.	Überwiegendes Merkmal .....	71
2.	Konkret anzuwendende Verfahrensvorschriften .....	73
Teil 5	Ausblick .....	80
A.	Referententwurf zum deutschen Internationalen Gesellschaftsrecht .....	80
B.	Projekt der Europäischen Sitzverlegungsrichtlinie .....	82
Teil 6	Ergebnisse .....	86



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Anh.	Anhang
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
BeckOK	Beck' scher Online-Kommentar
Begr.	Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshof in Zivilsachen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
Bt.	Betéti társaság (ungarische Kommanditgesellschaft)
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (UN-Kaufrecht)
CMLR	Common Market Law Review
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe; dieselben

diesbzgl.	diesbezüglich
DK	Der Konzern
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EAVA	European Added Value Assessment
EBLR	European Business Law Review
EC	European Community
ECFR	European Company and Financial Law Review
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
endg.	endgültig
engl.	englisch
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWIV-VO	Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV), ABl. L 199, S. 1 ff.
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
FE	Fundatio Europaea (Europäische Stiftung)
FE-VO-E	Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Ratsverordnung zum Statut einer Europäischen Stiftung (FE) vom 8.2.2012, KOM [2012], S. 35 endg.
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
franz.	französisch
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
gem.	gemäß
GesR	Gesellschaftsrecht
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHHR	GmbH-Rundschau
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungs-Report
GS	Gedächtnisschrift
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Hrsg.	Herausgeber
i.E.	im Ergebnis
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des/der
IStR	Internationales Steuerrecht
i.V.m.	in Verbindung mit
JZ	Juristen Zeitung
Kft.	Korlátolt felelősségű társaság (ungarische GmbH)
KG	Kommanditgesellschaft
KK	Kölner Kommentar
krit.	kritisch
lit.	litera
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier/Möhring
Ltd.	private company limited by shares
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen, BGBl. 2008, Teil I, Nr. 48, S. 2026-2043.
MüHdb	Münchener Handbuch
MüKo	Münchener Kommentar
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o.g.	oben genannte; oben genannten
OLG	Oberlandesgericht
PersonenG	Personengesellschaft
plc	public company limited by shares
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht